



DAS ROTE TUCH

FÜR EINE SOZIALISTISCHE ZUKUNFT

11. Juni 2010

ArbeiterInnen aller Länder, vereinigen wir uns! (Karl Marx)

Preis: 0,50 €

Es kann nicht sein, dass die arbeitende Bevölkerung die Schulden ihrer Ausbeuter zahlt!

Das Sparpaket der Regierung ist ein gewaltiger Angriff auf die gesamte arbeitende Bevölkerung. Schon weit über ein Drittel des 80-Milliarden-Sparprogramms soll allein bei Arbeitslosen und HartzIV-Empfängern gestrichen werden, bei denen also, die am wenigsten haben!

Man streicht ihnen den Rentenzuschuss. Damit werden noch mehr Menschen im Alter in Armut leben müssen. Man streicht Umschulungen, Hilfen bei Bewerbungskosten, Heizkostenzuschuss... Man streicht ihnen sogar das gesamte Elterngeld von 300 Euro (während jeder Chefarzt und jeder Manager weiter 1800 Euro Elterngeld erhalten).

Ein Angriff auf die ganze einfache Bevölkerung

Dabei tragen die Sparpläne der Bundesregierung, der Landesregierungen und der Städte selber dazu bei, noch mehr Menschen in Arbeitslosigkeit und HartzIV zu drängen: Indem sie im Namen des „Schuldenabbaus“ zehntausende und noch mal zehntausende Stellen bei den Arbeitenden im Öffentlichen Dienst vernichten.

Durch solchen massiven Stellenabbau und 2,5% Lohnkürzungen will alleine die Bundesregierung bei den Beschäftigten des Bundes ein weiteres Drittel der 80 Milliarden Euro abpressen.

Die Arbeitenden des Öffentlichen Dienstes sind damit ein weiteres Opfer der Sparpläne. Und letztlich ist es die gesamte einfache Bevölkerung. Denn

der Stellenabbau im Öffentlichen Dienst bedeutet zwangsläufig noch mehr Arbeitslosigkeit. Und er bedeutet eine Verschlechterung aller Bereiche des öffentlichen Dienstes, von Bus und Bahn über die Ämter bis zu den Kindergärten und sozialen Einrichtungen.



Proteste in Spanien: Die Verursacher sollen zahlen!

„Wir haben keine Wahl“, rechtfertigen sich die Politiker. „Die Schulden müssen dringend verringert werden.“ Das sagen dieselben, die die Banken mit Milliarden überschüttet haben!

Es sind nicht die Arbeitenden, nicht die einfache Bevölkerung, die die Kassen des Staates geplündert haben. Die verschenkten Milliarden sind in die Tasche der Banken, Kon-

zerne und reichen Spekulanten geflossen. Sollen die jetzt auch die Schulden bezahlen! Wenn wir privat Schulden machen, zahlt sie ja auch kein anderer für uns.

Die jetzigen Sparpläne retten außerdem weder das Land vor der Verschuldung, noch vor den Spekulationen. Sie machen alles immer schlimmer – außer für die Banken und ihre Anleger, und das sind alle Konzerne und Reichen.

Für sie nämlich ist das eingesparte Geld bestimmt; für die über 60 Milliarden Euro Zinsen, die die öffentlichen Kassen für ihre Schulden jährlich an die Banken zahlen. An Banken, die immer gieriger werden.

Banken, die mit diesem frischen Geld sofort weiter spekulieren.

Die Gier all dieser spekulierenden Großbanken, Großaktionäre und Konzerne kennt keine Grenzen. Sie wird solange weiter gehen, bis bei uns die Grenze erreicht ist. Nur soziale Wutausbrüche der einfachen Bevölkerung, nur massive Proteste können sie aufhalten.

Deutsches Job-Wunder? Wohl eher Job-Märchen!

Die Arbeitslosigkeit sei trotz Krise leicht gesunken, feiern die Politiker. Merkwürdig, dass die Arbeitenden überall das absolute Gegenteil erleben.

In Wahrheit haben laut dem DGB seit Beginn der Krise im Herbst 2008 über 3,2 Millionen Menschen, das heißt jeder 9. Arbeitende (!), ihren Job verloren. Es haben zwar genauso viele eine neue Stelle gefunden, aber 140.000 nur noch in Teilzeit oder einem Minijob. Und auch bei den Vollzeitstellen handelt es sich meist um befristete Stellen, um Jobs bei Leiharbeitsfirmen oder für deutlich weniger Lohn, gibt Frank Weise, der Chef der Bundesagentur für Arbeit zu.

Die Unternehmen haben also massenhaft feste Vollzeit Arbeitsplätze vernichtet, um auf einen Schlag viele Arbeitende in schlechter bezahlte, unsichere und gestückelte Jobs zu drängen!

Solidarität mit dem palästinensischen Volk

Mit schwerbewaffneten Sonderkommandos, Hubschraubern und Kriegsschiffen hat die israelische Regierung einen Hilfskonvoi für den Gazastreifen brutal gestoppt, 9 Teilnehmer ermordet und zahlreiche verletzt. Sie alle wurden festgenommen und ausgewiesen.

Gefangen und ausgehungert

Der Hilfskonvoi wollte auf die schlimme Lage im Gazastreifen aufmerksam machen und 10 000 Tonnen Hilfsgüter, wie Rollstühle, Nahrungsmittel, Baumaterial und medizinische Ausrüstung dorthin transportieren. Denn seit drei Jahren hat die israelische Regierung den Gazastreifen vollständig abgeriegelt. Ohne ihre Erlaubnis darf kein Mensch rein oder raus, selbst lebens-

wichtige und dringend benötigte Güter wie Medikamente, Nahrung und Trinkwasser lässt sie nur tropfenweise und willkürlich hinein.

Diese Blockade ist Teil des unmenschlichen Krieges, den der israelische Staat mal mehr, mal weniger offen gegen die Palästinenser führt. Er hat das kleine Fleckchen Land endgültig in ein Trümmerfeld verwandelt; hat Wohnhäuser, Infrastruktur, Schulen und Krankenhäuser zerstört.

Und die Palästinenser können es nicht einmal wieder aufbauen. Die meisten haben keine Möglichkeit zu arbeiten, und auch Baumaterial und Fertighäuser lässt die israelische Blockade nicht hinein.

nete „Friedensabkommen“ und jedes „internationale Recht“ mit Füßen. Das hat sie beim Angriff auf den Hilfskonvoi wieder einmal bewiesen.



Quelle: www.rp-online.de

Solidaritätsdemonstrationen auf der ganzen Welt forderten Freiheit und Selbstbestimmung für das palästinensische Volk

Streik auf chinesisches

In einer Reihe von beeindruckenden Streiks haben in China Arbeiter deutliche Lohnerhöhungen durchgekämpft. 35% mehr Lohn errangen sie gar im Honda-Werk Foshan in einem dreiwöchigen Streik, der alle Honda-Werke Chinas lahm legte.

Nach den Wenigem zu urteilen, was die zensierte Presse durchlässt, scheint die Zahl und das Ausmaß der Streiks in China in den letzten Jahren zu wachsen. An Gründen mangelt es wahrlich nicht. Man denke nur an die fürchterlichen Zustände bei Foxconn, dem Zulieferer von Dell, Apple und Hewlett-Packard, die durch die jüngste Selbstmordserie unter den chinesischen Arbeitern ans Licht kamen: Im inneren der Fabriken müssen die Arbeiter schlafen, zu 30 Mann in einem Raum. Sie arbeiten 7 Tage die Woche, 12 Stunden am Tag... für einen Elendslohn von 100 Euro im Monat.

Ähnliche Zustände herrschen in den meisten Fabriken Chinas. Und wie Foxconn arbeiten sie fast alle für westliche Konzerne, die mit dieser unbeschreiblichen Ausbeutung ihre Kassen füllen. Doch auch in China folgt der Ausbeutung zwangsläufig die Wut, die Revolte, der Streik. Die jüngsten Streiks haben die Kapitalisten daran wieder erinnert.

Mit westlichem Segen

Dieser Terror und die Blockade haben den kleinen Landstrich in ein riesiges Gefängnis unter freiem Himmel verwandelt. Und indem der israelische Staat jeden Handel mit dem Ausland unterbindet, treibt er den Gazastreifen in absolutes Elend, hungert ihn aus und verwandelt ihn immer mehr in ein wahres Todeslager.

Abgebrüht und ohne sich um die Meinung der weltweiten Öffentlichkeit zu scheren, verfolgt die israelische Führung diese grausame und unmenschliche Politik. Mit Füßen tritt sie seit Jahren auch jedes von ihr unterzeich-

Sie kann dies umso unbekümmerter machen, da sie sich der Billigung der westlichen Staaten sicher sein kann. Diese mögen zwar angesichts der weltweiten Empörung heute den Angriff zaghaft kritisieren. Doch das hindert sie nicht daran, die israelische Führung bei jeder wichtigen Gelegenheit zu unterstützen... nicht zuletzt mit Geld und Waffen.

Denn der israelische Staat und seine Armee sind ein viel zu nützlicher und treuer Verbündeter der westlichen Staaten im krisengeschüttelten Mittleren Osten, dieser so erdölreichen Region. Dagegen wiegt das Martyrium des palästinensischen Volkes nicht schwer.

Rumänien: Böses Erwachen

Seit Wochen protestieren und streiken in Rumänien immer wieder zehntausende Arbeitende und Rentner. Sie wehren sich gegen einen drastischen Sparplan: Um 25% sollen die Gehälter im Öffentlichen Dienst sinken und damit für ein Drittel aller Arbeitenden Rumäniens. 70.000 sollen entlassen werden. Auch die Einkommen der Rentner und Sozialhilfeempfänger sollen um 15% gekürzt werden.

Dabei sind die Löhne schon fürchterlich niedrig, rund 350 Euro im Monat. Und die Mindestrente beträgt gerade einmal 170 Euro... während alleine die Mieten zwischen 50 und 300 Euro monatlich verschlingen.

Es sind in erster Linie die Europäische Union und der Internationale Währungsfonds, die diese fürchterlichen Einsparungen verlangen. Sie drohen Rumänien: „Wenn ihr nicht so drastisch spart, bekommt ihr von uns keinen Kredit mehr und geht bankrott.“ Sie wissen genau, dass sie damit die rumänische Bevölkerung ein ganzes Stück weiter ins Elend stoßen.

Das ist übrig geblieben von dem demokratischen Europa, das man der rumänischen Bevölkerung als ihre große Hoffnung und Zukunft präsentiert hat!

Ein vereintes Europa... der Angriffe auf die Arbeitenden

Jetzt ist es bei uns auch schon so weit. Kaum 1 Monat nach Griechenland erklären uns Merkel und Westerwelle, wir hätten „über unsere Verhältnisse gelebt“. Sicher, genau wie die griechischen Rentner, von denen zwei Drittel gerade einmal 600 Euro Rente im Monat bekommen, haben bei uns Minijobber mit Wohngeldzuschuss, Sekretärinnen im Öffentlichen Dienst oder alleinerziehende Mütter über ihre Verhältnisse gelebt! In Wahrheit sind es in Griechenland wie bei uns einzig die Banker, die Kapitalisten, die über die Verhältnisse der Gesellschaft leben.

In ganz Europa aber werden heute alle Arbeitenden, Rentner und Arbeitslosen auf solch empörende Weise angegangen. Überall mit dem gleichen Ziel: Wir sollen die knüppeldicken Schläge widerstandslos einstecken, die überall auf uns einprasseln.

Von Griechenland bis England, von Rumänien bis Italien, von Ungarn bis Deutschland, ob „reiches“ oder ärmeres Land: die Methoden und Opfer der Sparprogramme sind überall dieselben. Die Regierungen greifen die Schwächsten an, die Arbeitslosen und

Rentner, und sie gehen mit der Sense durch den Öffentlichen Dienst, kürzen Löhne, vernichten massenhaft Arbeitsplätze und streichen soziale Einrichtungen. Das alles, um die Verursacher der Krise, die Banken, Reichen, Kapitalisten weiter überall zu beschenken und den „geretteten“ Banken die Zinsen für die Staatsschulden zu zahlen.

Vereinte Antwort nötig

In ihren Worten mögen sie gegen „die Griechen“, „die Ungarn“, „die Spanier“ hetzen. In ihren Taten aber zeigen uns die Regierungen Europas ganz klar: Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern quer durch Euro-

pa zwischen oben – und unten.

Die Kapitalisten Europas sind vereint in ihren Schlägen gegen die Arbeitenden. Es wird darauf ankommen, dass sich die einfache Bevölkerung Europas von ihnen nicht spalten lässt, sondern sich gegen ihren wahren Feind richtet: die herrschende Klasse, die sie überall auszuplündern versucht.

Die massiven Proteste in Griechenland und Rumänien, die ersten Demonstrationen in Spanien und Irland können ein Anfang sein. Sie sind der richtige Weg, dem die Arbeitenden Europas weiter folgen müssen.

Bundespräsident: Auch Lügen will gelernt sein

Neben dem Theater um mögliche Koalitionen in NRW, neben den Schlamm-schlachten zwischen CSU und FDP in Berlin läuft nun ein dritter Krimi im Schmierentheater der „großen“ Politik: Wer wird neuer Bundespräsident? Der alte, Köhler, war nämlich darüber gestolpert, dass er die Wahrheit ausgeplaudert hat. Er erklärte, dass für „ein Land mit dieser Außenhandlungsorientierung wie Deutschland (...) im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege“.

Ja, Deutschland führt Kriege für seinen Außenhandel, für die weltweiten Interessen seiner Konzerne. Doch als Bundespräsident muss man wissen, wie man über solche Kriegseinsätze – Verzeihung, humanitären Einsätze – zu lügen hat.

Die öffentlichen Kassen: Milchkuh der Unternehmen

„Deutschland nimmt nicht zu wenig Geld ein, sondern gibt zu viel Geld aus“, tönt es von Merkel und ihrer CDU, von der FDP, vom Unternehmerverband. Das sind ihre billigen Ausreden, warum sie nicht an die Konten der Reichen, Konzerne und Banken gehen – sondern bei uns einsparen.

Ja, der Staat gibt zu viel Geld aus. Aber bestimmt nicht für Kinderbetreuung oder Arbeitslose! Das riesige Loch, durch das große Teile der Steuereinnahmen in die Taschen von Banken und Milliardären fließen – das ist unser wirkliches „Ausgabenproblem“. Und es wird immer größer.

Doch es fehlt auch das Geld in den Kassen, weil steigende Arbeitslosigkeit und Armut der einfachen Bevölkerung zwangsläufig die Einnahmen senken. Und vor allem, weil der Staat gleichzeitig von den Unternehmen und Reichen

immer weniger einnimmt, weil er ihnen seit Jahren immer mehr Steuern erlässt. Man hat die Vermögenssteuer abgeschafft und den Spitzensteuersatz gesenkt. Man hat die Gewerbesteuer und die Sozialbeiträge für Unternehmen gesenkt. Für die Zeit der Kurzarbeit hat man den Unternehmen noch einmal die Sozialbeiträge gesenkt. Das Ganze geht soweit, dass ein Betrieb, der z.B. von Mülheim nach Essen umzieht, in Essen Steuern erlassen bekommt... für die „Neuansiedlung“.

Und vor allem hat jede Regierung, haben Kohl, Schröder und Merkel die Steuern für Unternehmen und Kapitalgewinne gesenkt. Erst am 1. Januar 2010, mitten in der Krise, als die Rekordverschuldung Allen ins Auge sprang, hat die Regierung erneut die Unternehmenssteuern für Konzerne und Banken gesenkt. Für die sind die Kassen nie leer.

Weil die Kapitalisten die Verkäufe ihrer Waren nicht mehr steigern können, können sie mit der Produktion von Gütern ihre Gewinne kaum noch erhöhen. Immer mehr holen sie sich daher das Geld einfach direkt vom Staat. Die Folge ist, dass der Staat immer mehr bei allem Lebensnotwendigen der Bevölkerung spart. Das ist ein Fass ohne Boden, wenn wir es zulassen.

Würde man dagegen nur die letzte Steuersenkung für Unternehmen und Reiche vom Januar 2010 rückgängig machen, kämen jährlich über 5 Milliarden in die Kasse – mehr, als sie durch die drastischen Maßnahmen bei den Arbeitslosen einsparen. Und würde man die Unternehmen wieder wie vor 20 Jahren besteuern, dann könnte man von diesem Geld die Ausgaben für die einfache Bevölkerung sogar erhöhen... und zwar ohne Probleme.

Ölpest: Verantwortlich ist ihre Gier nach dem (schwarzen) Gold

Ein Plan nach dem anderen, mit dem BP das Bohrloch schließen wollte, ist gescheitert. Weiter strömen täglich hunderttausende Liter ins offene Meer. Und keiner weiß, wie lange noch. Und so ist das endgültige Ausmaß dieser gigantischen Umweltkatastrophe nicht absehbar. Mit jedem Tag steigt die Verseuchung des Meeres. Es steigt die Zerstörung des Lebensraums an den Küsten für Vögel, Fische, Schalentiere – eine absolute Katastrophe für die Natur und die Zerstörung der Lebensgrundlage für all die Menschen, die vom Fischfang oder Tourismus abhängen.

Sicherheit an letzter Stelle

Gleichzeitig kommen erschreckende Informationen über die völlig verantwortungslosen Handlungsweisen des Ölkonzerns BP ans Licht, die maßgeblich für diese Katastrophe verantwortlich sind: Stets wurde nur die billigste Variante der Ausrüstung gewählt. Warnungen von Ingenieuren, Warnsignale und Störfälle auf der Plattform wurden missachtet. Vorgeschriebene Sicherheitstests wurden abgekürzt, vernachlässigt und sogar gefälscht.

Überhaupt ist es an sich schon kriminell, Ölbohrungen in solcher Tiefe vorzunehmen, obwohl die Sicherheitstechnik noch lange nicht gut genug

entwickelt ist, um bei Unfällen eine Katastrophe zu verhindern. Und trotzdem gibt es hunderte ebenso gefährlicher Tiefsee-Bohrungen allein im Golf von Mexiko!



Quelle: www.spiegel.de

Krabbenfischer kämpfen gegen die Ölpest. Viele von ihnen werden schon jetzt davon krank.

Die heutige Katastrophe ist daher nicht wirklich ein Unfall. Sie ist die statistisch unausweichliche Folge einer Wirtschaftsordnung, die einzig vom Wettlauf um den größtmöglichen Profit bestimmt ist.

Auch die Regierung Obama trägt ihren Teil der Verantwortung an der Katastrophe. Unter ihm haben die Behörden genauso leichtfertig die risikoreichen und unausgereiften Tiefsee-Bohrprojekte genehmigt wie unter seinem Vorgänger Bush.

Dahinter steckt nicht einfach nur Korruption. Es ist grundlegend so, dass im Kapitalismus das Recht auf Profit mehr wiegt als jedes andere, egal, welche Folgen dies für die Umwelt und für die Gesellschaft hat.

Die Katastrophe hat System

Die großen Ölkonzerne sind das Herzstück des Kapitalismus, zusammen mit den großen Banken und den internationalen Konzernen einiger weiterer Branchen. Sie beherrschen die Wirtschaft. Diese Ölkatastrophe, dieses voraussehbare und vorausgesagte Verbrechen, zeigt ein weiteres Mal ihre Verantwortungslosigkeit.

Sie zeigt auch, wie lächerlich alle derzeit so angesagten Pläne, Gipfel und Gesetze zum „Umweltschutz“ sind angesichts des Schadens, den die Konzerne anrichten.

Und wie albern die Kampagnen all derer sind, die sich Umweltschützer nennen, aber den Kapitalismus nicht in Frage stellen wollen. Nur wenn die Menschheit der kapitalistischen Ordnung, deren einziger Motor der Profit ist, ein Ende setzt, kann es ihr gelingen, ihre wirtschaftlichen Tätigkeiten im Einklang mit der Natur und der Zukunft der Erde zu entwickeln.

Schließung von Grundschulen Gespart wird also doch

Weil die Schülerzahlen sinken, will die Stadt Essen 4 Grundschulen schließen. Und wo liegen drei der vier Schulen? In den sozialen Brennpunkten und ärmeren Vierteln der Stadt, im Nordviertel, im Bergmannsfeld, in Stoppenberg.

Die sinkenden Schülerzahlen könnten dazu dienen, genau für Kinder aus den ärmeren Stadtteilen endlich kleinere Klassen und bessere Lernbedingungen zu schaffen. Stattdessen müssen gerade sie demnächst länger laufen, zu... überfüllten Klassen! So geht es bereits den Kindern der Hüttmannschule in Altendorf, die seit dem Auslaufen der Markscheider Grundschule keine Klasse mehr unter 30 Kindern hat und noch Schüler abweisen muss.

Die Regierung mag stolz verkünden, sie spare nicht bei der Bildung. Stimmt vielleicht – sie überlässt das einfach den Ländern und Kommunen.

Seniorenheim: Mehr Löcher als Schweizer Käse !

Für die 140 Bewohner des SenVital-Seniorenheims in der Essener Weststadt war es eine Horrormeldung. Sie müssen aus dem Altenheim ausziehen. Damit verlieren sie nicht nur ihre Zimmer in diesem vergleichsweise modernen Altenheim, das darüber hinaus sehr zentral gelegen ist. Sie verlieren auch ihre gewohnte Umgebung und ihr soziales Umfeld. Schon wieder – schließlich war es für die meisten bereits ein harter Schritt, überhaupt in ein Seniorenheim zu ziehen.

Es hätte noch viel schlimmer kommen können. Denn nur zufällig fiel auf, dass das gerade einmal 5 Jahre alte Gebäude hochgradig einsturzgefährdet ist. Wegen Pfusch bei den Bauarbeiten ist der Beton durchlöchert wie ein Schweizer Käse.

Davon wusste wohl nicht nur die verantwortliche Baufirma, sondern auch die Sparkasse, die das Gebäude an den jetzigen Betreiber des Altenheims verhökerete. Von den Baumängeln fiel dabei kein Wort. Um keine Verluste hinnehmen zu müssen, wurde die Sicherheit von zahlreichen Senioren und Altenpflegern aufs Spiel gesetzt.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH - Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0157 – 76493485